



1 - Zentrale Aufgaben und Finanzen  
27.01.2011  
Az.: 1-002-13/vm

Alzey, den

**N i e d e r s c h r i f t**

Nr. der Sitzung: **8**

Wahlperiode: **2009 - 2014**

Gremium: **Kreistag**

**Öffentlich**

Sitzungsdatum: **16.11.2010**

Uhrzeit: **15.00 – 17.00 Uhr**

Sitzungsort: **Kreisverwaltung, Sitzungsräume 119/120**

**Anwesenheitsliste**

<b>Vorsitzender</b>			
Landrat Görisch			
<b>Kreisbeigeordnete</b>	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
Seebald, Gerhard, Wörrstadt	1-9		
Mehring, Klaus, Osthofen	1-9		
Erbes, Heribert, Spiesheim	1-9		
<b>Mitglieder des Kreistages</b>	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
<b>SPD-Fraktion</b>			
Anklam-Trapp, Kathrin, MdL, Monsheim	1-9		
Beiser-Hübner, Ute, Flonheim	1-9		
Bothe, Ralph, Flörsheim-Dalsheim	1-9		
Dexheimer, Jutta, Flonheim	1-9		
Hagemann, Klaus, MdB, Osthofen		X	
Kiefer, Gerhard, Eich	1-9		
Kleinfelder, Ingo, Wörrstadt		X	
Lenges, Franz-Josef, Eckelsheim	1-9		
Müller, Bernd, Osthofen	1-6 (n. B.)		
Piegacki, Hans-Jürgen, Wöllstein		X	
Rocker, Gerd, Wendelsheim	1-2 (v. B./bis 16.30 Uhr)		
Sippel, Heiko, MdL, Alzey	1-9		
Sommer-Kundel, Nicole, Alzey	1-2 (v. B./bis 16.30 Uhr)		
Steinmann, Werner, Alzey	1-9		
Westphal, Bernd, Gau-Odernheim	1-9		
Willius, Klaus, Eich	1-9		
<b>CDU-Fraktion</b>			
Blüm, Gerhard, Gundheim		X	
Burkhard, Christoph, Alzey	1-9		
Conrad, Markus, Armsheim	1-9		
Hirschel-Urnauer, Irmgard	1-9		
Hoffmann, Wolfgang, Alsheim	1-3 (n. B./bis 16.50 Uhr)		
Knierim, Hans-Peter, Osthofen	1-9		
Metzler, Jan, Dittelsheim-Heßloch		X	
Müller, Christine, Eich	1-2 (v. B.)		
Müller, Lucia, Wöllstein	1-2 (v. B./bis 16.30 Uhr)		
Pauser, Eva, Flonheim	1-9		
Schnabel, Heinz-Hermann, MdL, Erbes-Büdesch.	1-9		
Spies, Karl, Saulheim	1-9		
Tauscher, Dr. Ludwig, Alzey	1-9		
Wagner, Walter, Westhofen	1-9		

<b>Fortsetzung Mitglieder des Kreistages</b>	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
<b>FDP-Fraktion</b>			
Geil, Heinz-Ulrich, Monzernheim	1-9		
Lind, Ulrich, Gau-Odernheim	1-9		
Maak, Dr. Dirk, Wöllstein	1-2 (n. B.)		
Merkel, Klaus, Alsheim	1-9		
<b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>			
Becker, Klaus, Bornheim	1-9		
Kolb-Noack, Elisabeth, Dittelsheim-Heßloch	1-9		
Thörle, Birgit, Saulheim		X	
<b>FWG-Fraktion</b>			
Busch, Wilfried, Kettenheim	1-9		
Erbeldinger, Helmut, Dittelsheim-Heßloch	1-9		
Hinkel, Manfred, Alzey	1-9		
Klenk-Kaufmann, Ute, Eppelsheim	1-9		
Schnitzspan, Hildegard, Alzey	1-9		
Schwehm, Wolfgang, Alzey	1-9		
<b>Die Linke</b>			
Gülcehre, Kemal, Alzey	1-9		
Heimann, Hanno David, Monsheim	1-9		
<b>NPD</b>			
Acker, Klaus, Bechtheim	1-9		

v. B.= vor Beschlussfassung  
n. B.= nach Beschlussfassung

<b>Kreisverwaltung</b> KVDin Emrich                      AR Jung BauDir. Dr. Schmitt              KA Frey KVR Kauff                              KI Schray OAR Rauschkolb                      VA Stier ARin Bieser                              VA Sussmann
---

<b>Gäste</b>
--------------

<b>Schriftführerin</b> KHS Marx
------------------------------------

**Landrat Görisch** eröffnete die Sitzung um 15.00 Uhr, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einberufung mit Einladung vom 04.11.2010, die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung am 11.11.2010 sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Die Beschlussvorlagen zu TOP 3, 4, 5 und 6 wurden mit Schreiben vom 10.11.2010 nachgereicht.

Sodann machte der Landrat auf die per Tischvorlage ausgehändigte Broschüre „Kursangebot für das Jahr 2011 der Kommunalakademie Rheinland-Pfalz“ aufmerksam.

Änderungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Somit geltende

### **T a g e s o r d n u n g**

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Drucksachen-</u> <u>nummer</u>
-	Einwohnerfragestunde	
1	20 Jahre Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH (VRN) Entwicklung des VRN, Zukunftsperspektiven des öffentlichen Personennahverkehrs - Vortrag/Präsentation durch Herrn Geschäftsführer Schreiner	
2	Haushaltsgenehmigung 2010 Erfüllung der Genehmigungsaufgabe der Kommunalaufsicht - Beschlussfassung	180/2010
3	Fortführung der Aufgabenwahrnehmung nach dem Sozialgesetzbuch II ab 01.01.2011 (Jobcenter für Arbeitsmarktintegration Alzey-Worms) - Beschlussfassung	173/2010/1
4	Zweite Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Alzey-Worms -Beschlussfassung	175/2010/1
5	Zustimmung zur Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Energie- dienstleistungsgesellschaft Rheinhessen-Nahe mbH (EDG) - Beschlussfassung	174/2010/1
6	Energiedienstleistungsgesellschaft Rheinhessen-Nahe mbH (EDG) - Wahl eines Vertreters des Landkreises in der Gesellschafterversammlung	181/2010
7	Schulträgerausschuss - Wahl der Lehrer- und Elternvertreter der Realschulen plus	182/2010
8	Psychiatriebeirat - Ersatzwahlen	183/2010
9	Mitteilungen und Anfragen	

Vor Eintritt in die Tagesordnung wies **Landrat Görisch** darauf hin, dass Kreistagsmitglied Gülcehre aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgetreten sei und nun gemeinsam mit Kreistagsmitglied Heimann die Fraktion Die Linke bilde. Den Vorsitz werde Herr Heimann übernehmen. Er machte deutlich, dass eine Änderung des Stärkeverhältnisses im Kreistag, was Voraussetzung für die Neuwahl einiger Ausschüsse sei, nur dann eintrete, wenn Herr Gülcehre auch Mitglied der Partei Die Linke werde. Da darüber noch kein Nachweis vorliege, könnten in der heutigen Sitzung keine Ausschusswahlen durchgeführt werden. Diese Auffassung werde auch seitens des Innenministeriums vertreten.

### Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

<b>Tagesordnungspunkt: 1</b>	<b>Drucksachennummer: 73/2010/1</b>
------------------------------	-------------------------------------

20 Jahre Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH (VRN)  
Entwicklung des VRN, Zukunftsperspektiven des öffentlichen Personennahverkehrs  
- Vortrag/Präsentation durch Herrn Geschäftsführer Schreiner

**Landrat Görisch** begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Geschäftsführer Schreiner. Er führte aus, dass es richtig gewesen sei, Gesellschafter und Mitglied im VRN zu werden. Dies bestätige sich immer wieder, insbesondere wenn es um den Ausbau des Verkehrsverbundes und um neue Angebote ginge. Erfreulich sei, dass sich die Fahrgastzahlen sowohl im Verkehrsverbund Rhein-Nahe als auch im Verkehrsverbund Rhein-Neckar hervorragend entwickelt hätten und ein gutes Angebot für die Bürger geschaffen worden sei. Auch die Fortführung des so genannten „Übergangstarifes“ zwischen dem RNN und dem VRN sei positiv zu sehen.

Sodann berichtete **Herr Schreiner** anhand einer Powerpoint-Präsentation (s. Anlage 1 der Originalniederschrift) über die Entwicklung des VRN und die Zukunftsperspektiven des öffentlichen Personennahverkehrs.

Auf Frage von **Kreistagsmitglied Schwelm** informierte **Herr Schreiner**, dass eine eigenständige S-Bahn-Linie zwischen Alzey und Mainz nicht wirtschaftlich zu betreiben sei. **Landrat Görisch** ergänzte, dass eine Verbesserung in Form einer direkten Zugverbindung von Kirchheimbolanden über Alzey nach Mainz ab dem Jahr 2015 ausgeschrieben sei.

Auf Frage von **Fraktionsvorsitzendem Kiefer (SPD)** wies **Herr Schreiner** darauf hin, dass der Ausbau der Bahnhöfe (Alsheim, Mettenheim, Osthofen) an der neuen S-Bahn-Strecke Ludwigshafen-Mainz im Zeitraum von 2012 bis 2014 erfolge.

**Landrat Görisch** erinnerte in diesem Zusammenhang an den Beschluss des Kreistages vom 24.03.2009. Bund und Länder würden 85% der notwendigen Investitionskosten übernehmen. 15% und die Planungskosten seien von der jeweiligen Gemeinde zu tragen. Der Kreis werde sich mit 50% an den Mehrkosten, die die Gemeinden gegenüber den ersten Kostenschätzungen aufbringen müssten, beteiligen.

Es müsse noch eine Abstimmung bezüglich der Kostenaufteilung für das so genannte „3. Gleis“ zwischen Alsheim und Osthofen stattfinden.

Auf Frage von **Fraktionsvorsitzendem Dr. Tauscher (CDU)** berichtete **Herr Schreiner** über die Informationssysteme an den Bahnhöfen. Dabei müsse zwischen der „Echtzeit-Information“ und der generellen Information unterschieden werden. Von der DB AG sei hinsichtlich der generellen Informationen eine eigene Gesellschaft (Station und Service) gegründet worden. So werde z. B. am Alzeyer Bahnhof ab dem kommenden Jahr über Verspätungen der Züge auf einer Anzeigetafel informiert. Für die Busbahnhöfe seien ebenfalls Verbesserungen der Kundeninformationen geplant.

**Landrat Görisch** ergänzte, dass die Einrichtung der „Echtzeit-Information“ am Alzeyer Bahnhof im Rahmen des Konjunkturprogramms erfolgt sei. Alzey sei dabei die erste von mehreren Stationen im Kreis gewesen.

**Fraktionsvorsitzende Kolb-Noack (Bündnis 90/Die Grünen)** schlug hinsichtlich der geringen Fahrgastzahlen an Wochenenden vor, einen Ruftaxi-Service einzurichten. Denkbar sei auch der Einsatz von kleineren Bussen, die mehrmals am Tag fahren würden. **Herr Schreiner** erwiderte, dass die Zahlen am Wochenende nur steigen könnten, wenn dies auch entsprechend propagiert und beworben (z. B. bei Weinfesten etc.) werde.

**Landrat Görisch** ergänzte, dass in den meisten Gebietskörperschaften des Kreises bereits ein Ruftaxi-Service angeboten werde.

**Kreistagsmitglied Müller** wies darauf hin, dass es beim Ausbau des Bahnhofes Osthofen zeitliche Verzögerungen gebe. **Herr Schreiner** sagte eine Prüfung und Kontaktaufnahme zu.

**Kreistagsmitglied Becker** begrüßte, dass immer mehr Menschen mit dem Zug statt mit dem Auto fahren würden. Dieses Ziel müsse aus ökonomischen und ökologischen Gründen auch weiterhin verfolgt werden.

Abschließend dankte **Landrat Görisch** Herrn Schreiner für seinen Vortrag und wünschte weiterhin viel Erfolg.

*Anlage 1 der Originalniederschrift:  
Präsentation von Herrn Schreiner*

<b>Tagesordnungspunkt: 2</b>	<b>Drucksachenummer: 180/2010</b>
------------------------------	-----------------------------------

Haushaltsgenehmigung 2010  
Erfüllung der Genehmigungsaufgabe der Kommunalaufsicht  
- Beschlussfassung

**Vorlagentext:**

In der Haushaltsgenehmigung für das Haushaltsjahr 2010 wurde der Landkreis verpflichtet eine nachhaltige Reduzierung des Haushaltsdefizits um 1 Mio. € herbeizuführen.

Die Kommunalaufsicht bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion hat in ihrer Genehmigung des Haushaltsplanes vom 27.01.2010 unter Nr. 4 ausgeführt: „Aufgrund des Verstoßes gegen das Haushaltsausgleichsgebot wird der Landkreis Alzey-Worms verpflichtet, eine Reduzierung des Haushaltsdefizits im Erfolgs- und Finanzhaushalt um mind. 1.000.000 € herbeizuführen. Dieser Forderung kann durch eine Verbesserung der Ertrags- bzw. Einzahlungssituation oder durch eine Reduzierung der Aufwendungen bzw. Auszahlungen Rechnung getragen werden, die der Aufsichtsbehörde schriftlich nachzuweisen

sind.... ..Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass hierbei nur nachhaltige Haushaltsverbesserungen akzeptiert werden.“

Die beigefügte Liste beinhaltet als umsetzbar vermerkte Einnahmeverbesserungen bzw. Ausgabenreduzierungen aus dem Haushalt 2010, die auch künftig dauerhaft zu einer Verminderung des Haushaltsdefizits führen. Das Gesamtvolumen der Positionen beträgt: 1.530.499,60 €

Hierbei sind auch Positionen aufgeführt, die zwar bereits jetzt absehbar sind, aber erst in künftigen Jahren umgesetzt werden können. Werden nur Positionen berücksichtigt, die im aktuellen Jahr 2010 bzw. in der Haushaltsplanung für 2011 berücksichtigt werden können, beträgt das Volumen: 1.098.179,64 €

Ein Teil der Maßnahmen wurde im Rahmen der permanenten Überprüfung und Optimierung der Organisation der Kreisverwaltung bereits im Haushaltsjahr 2010 umgesetzt. Soweit eine Umsetzung erst zu anderen Zeitpunkten möglich ist, wurde dies entsprechend vermerkt.

Die Kommunalaufsicht hat die aufgeführten Maßnahmen in einer Vorbesprechung als hinreichend bezeichnet, um den Nachweis zur Erfüllung der Genehmigungsaufgabe zu erbringen. Der Kreisausschuss hat in der Sitzung vom 25.10.2010 dem Kreistag die Annahme der in der Anlage aufgeführten Maßnahmen zur Verminderung des Haushaltsdefizits empfohlen.

#### Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird mit der Vorlage der Liste an die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und der weiteren Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen beauftragt.

**Landrat Görisch** erinnerte, dass die Kommunalaufsicht den Haushalt 2010 mit folgenden Auflagen genehmigt habe: Das Defizit müsse nachhaltig um 1 Mio. € reduziert, der Kreditbedarf um 400 T€ gesenkt und die Kreisumlage in 2011 angehoben werden. Da die wesentlichsten Ausgaben des Kreises gesetzliche Leistungen seien, die nicht eingeschränkt werden könnten, bestünden lediglich Einsparmöglichkeiten im Sach- und Personalkostenbereich. Die in der Liste aufgeführten Maßnahmen halte er für vertretbar. Betroffen seien vor allem Positionen beim Gebäudeunterhalt sowie im Straßen-, Sport- und Personalbereich.

**Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD)** führte aus, dass der Kreis der Verpflichtung, das Haushaltsvolumen um rd. 1 Mio. € zu mindern, bei weitem nachgekommen sei. So hätten Ausgabereduzierungen und Einnahmeverbesserungen für die Jahre 2010 und 2011 von rd. 1,1 Mio. € nachgewiesen werden können. Unter Berücksichtigung der dauerhaften Einnahmeverbesserungen und Ausgabekürzungen seien es sogar 1,53 Mio. € Dies bedeute, dass der Kreis die Vorgaben der ADD vorbildlich erfüllt habe. Für Haushaltskonsolidierungen dürfe es keine Ausnahmen geben, so Kiefer. Dazu würden bedauerlicherweise auch die Kürzungen bei der Förderung im Jugend- und Sportbereich zählen. Begrüßenswert sei die im Vergleich zur ursprünglichen Vorlage geänderte Regelung, dass der dritte Ausbildungsplatz nur dann nicht besetzt werde, wenn geeignete Bewerber fehlen würden. Nach Auffassung seiner Fraktion seien die Einsparmöglichkeiten mit den heute zu beschließenden Maßnahmen ausgeschöpft.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU)** signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zu den vorgeschlagenen Einsparmaßnahmen, auch wenn diese nicht leicht falle. Die Einsparungen von 1,5 Mio. € würden jedoch nur 50 T€ Einnahmeverbesserungen enthalten. Bemerkenswert sei, dass 50% der Einsparungen im Personalbereich liegen würden. Die Haushaltslage zwingt den Kreis, die Ausgaben weiterhin auf den Prüfstand zu stellen, da eine Steigerung der Einnahmen kaum möglich sei.

Zudem sei auch mit einer Kostensteigerung bei den gesetzlichen Aufgaben zu rechnen. Abschließend dankte er der Personalvertretung, die die Einsparungen im Personalbereich und die grundsätzliche Beibehaltung der dritten Ausbildungsstelle mittrage.

**Fraktionsvorsitzender Hinkel (FWG)** führte aus, dass es bedauerlicherweise keine anderen Lösungen als die vorgeschlagenen Maßnahmen gebe. Allerdings würden diese noch im Rahmen des Vertretbaren liegen. Er hoffe, dass damit eine Verbesserung der Gesamtsituation eintrete.

Auf seine Frage führte **Kreisbeigeordneter Erbes** aus, dass es sich bei der Verkehrssicherung um eine Pflichtaufgabe des Kreises handle. Für unvorhergesehene Maßnahmen könnten auch Haushaltsausgabenreste aus vergangenen Jahren verwendet werden. Es bleibe abzuwarten, ob die Einsparung jedes Jahr in dieser Höhe vorgenommen werden könne.

**Fraktionsvorsitzender Lind (FDP)** bezeichnete die Einsparliste der Verwaltung als gelungen. Positiv anzumerken sei vor allem, dass keine „Rasenmäher-Methode“ angewandt worden sei. Der eingesparte Betrag entspreche der Auflage der ADD und mache deutlich, dass auch zuvor schon sparsam gehaushaltet worden sei. Er gab zu bedenken, dass nur bei den Aufgaben gespart werden könne, bei denen eine Verfügungsmasse vorhanden sei. Abschließend dankte er der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Auch **Fraktionsvorsitzende Kolb-Noack (Bündnis 90/Die Grünen)** begrüßte die vorgelegte Liste. Es sei wünschenswert, dass die Vermietung von Dachflächen für Photovoltaik weiter optimiert werde, um höhere Einnahmen erzielen zu können. Die Einsparungen im Bereich der Psychiatrie- und Jugendarbeit seien jedoch weniger erfreulich. Sie regte an, die Ausgaben für das Schullandheim Miltenberg und die Kreisbildstelle zu überdenken.

**Fraktionsvorsitzender Heimann (Die Linke)** kritisierte die geplanten Kürzungen im Schulbudget- und Ausbildungsbereich. Diese sollten zunächst nicht realisiert werden. Er schlug vor, künftig auf Zuwendungen bei Ehrungen und Jubiläen zu verzichten.

**Kreistagsmitglied Acker** vertrat die Auffassung, dass die Verwaltung eine Verfassungsklage vor dem Landesverwaltungsgericht hinsichtlich der Selbstverwaltung der Gemeinden einreichen sollte. Er sehe die Leistungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung nicht mehr gewährleistet. Einsparungen müssten dennoch vorgenommen werden. Er schlug vor, die Grundsteuer B zu erhöhen. Die Beigeordneten sollten auf ihre Bezüge verzichten. Der Vergnügungssteuersatz müsse erhöht werden. Er sprach sich für eine komplette Aussetzung von Ehrungen aus.

**Kreistagsmitglied Becker** führte aus, dass es lohnenswert sei, die Haushaltsstellen jährlich im Detail zu prüfen, da sich Bedarfe und Rahmenbedingungen ändern würden.

**Landrat Görisch** merkte an, dass in den vergangenen Jahren erheblich in die Kreisstraßen investiert worden sei. Auch für das kommende Jahr sei ein Straßenprogramm vorgesehen. Die Straßen im Kreis seien jedoch weitestgehend in einem guten Zustand. Sollte im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht Maßnahmen notwendig werden, müssten diese durch außerplanmäßige Ausgaben finanziert werden.

Die Kreisbildstelle sei immer mehr zu einer Anlaufstelle für die Vereine im Kreis geworden. Seitens der Schulen würde dieses Angebot immer weniger genutzt. Daher sei die bisherige Halbtagsstelle reduziert worden. Für die Zukunft sei zu prüfen, ob und in welcher Form die Kreisbildstelle aufrecht erhalten werden solle.

Auch im Schullandheim Miltenberg seien trotz Werbeaktionen Rückgänge der Schülerzahlen zu verzeichnen. Er erinnerte an die vor ca. 15 Jahren getätigte Investition von rd. 2 Mio. DM zur Modernisierung des Schullandheimes. Gemeinsam mit dem Landkreis Mainz-Bingen müsse aufgrund der finanziellen Situation zu gegebener Zeit über die Zukunft des Heimes entschieden werden.



Bei der Jugendarbeit habe es im Laufe der Jahre Bedarfsveränderungen gegeben. Die Fraktionsvorsitzenden hätten dazu eine Aufstellung über die derzeitige „Ist-Situation“ sowie die Ansätze der Jahre 2010 und 2011 erhalten. Diese seien aus seiner Sicht für die Jugendarbeit ausreichend.

Seitens der Schulen seien die zur Verfügung gestellten Mittel in den meisten Fällen nicht gänzlich abgerufen worden. Daher seien die Ansätze dem Bedarf angepasst worden.

Auf Nachfrage von **Fraktionsvorsitzendem Lind (FDP)** führte **Landrat Görisch** aus, dass es sich bei der Position „Ehrungen und Jubiläen“ um Ehrungen für 100. Geburtstage und Hochzeitsjubiläen handle.

Nach einer kurzen Diskussion über einzelne Einsparpositionen fasste der Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird mit der Vorlage der Liste an die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und der weiteren Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:**

35 Ja 1 Nein 1 Enthaltung

**Form der Abstimmung:**

Offen

*Anlage 2 der Originalniederschrift:*

*O. g. Liste*

<b>Tagesordnungspunkt: 3</b>	<b>Drucksachenummer: 173/2010/1</b>
------------------------------	-------------------------------------

Fortführung der Aufgabenwahrnehmung nach dem Sozialgesetzbuch II ab 01.01.2011  
(Jobcenter für Arbeitsmarktintegration Alzey-Worms)  
- Beschlussfassung

**Vorlagetext:**

Der am 18.04. 2005 zwischen der Agentur für Arbeit Mainz und dem Landkreis Alzey-Worms geschlossene öffentlich-rechtliche Vertrag gem. §§ 53 ff. SGB X über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft „Jobcenter für Arbeitsmarktintegration Alzey-Worms“, in der Fassung des 1. Änderungsvertrages vom 26.06.2006, läuft am 31.12.2010 aus. Bekanntlich hatte das Bundesverfassungsgericht die Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) als nicht verfassungskonform angesehen und dem Gesetzgeber aufgegeben, bis Ende dieses Jahres eine verfassungskonforme Lösung herbeizuführen.

Dies ist durch eine Änderung des Grundgesetzes sowie durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende vom 17.06.2010 erfolgt. Danach kann die Aufgabenerfüllung nach dem SGB II künftig erfolgen:

- a) im Rahmen einer Option als zugelassener kommunaler Träger (die Zahl der Optionskommunen wird bundesweit von 69 auf 110 erhöht)
- b) in einer „Gemeinsamen Einrichtung“ (Nachfolgemodell der bisherigen ARGE).

Die derzeit noch mögliche getrennte Aufgabenwahrnehmung entfällt spätestens am 31.12. nächsten Jahres. Seit der Bildung der ARGE im Landkreis Alzey-Worms mit Sitz in Alzey und Nebenstelle in Worms hat sich die Zusammenarbeit zwischen der Agentur für Arbeit und dem Landkreis innerhalb dieser Organisationsform stets verbessert. Vergleiche mit gleichartigen Einrichtungen, sowohl im Vermittlungs- als auch im Leistungsbereich machen die erzielten guten Ergebnisse deutlich. Dies gilt auch bezüglich der Erreichung von Zielvorgaben.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die gemeinsame Aufgabenerfüllung im Bereich des Sozialgesetzbuches II künftig grundsätzlich in der neuen Organisationsform der „Gemeinsamen Einrichtung“ fortzuführen. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 09.11.2010 einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

**Landrat Görisch** wies ergänzend darauf hin, dass die bisherige Geschäftsführung (Mitarbeiter der Agentur für Arbeit) diese Aufgabe weiterhin wahrnehme und der Landrat Vorsitzender der Trägerversammlung werde. Darüber hinaus solle wie bisher ein Beirat eingerichtet werden. Die kommunalen Bediensteten und die Bediensteten der Agentur sollten weiterhin im jeweiligen Stellenplan ihres Arbeitgebers verankert sein. Die Zuweisung erfolge für fünf Jahre. Er gehe davon aus, dass bereits in der nächsten Kreistagssitzung die Vereinbarung über die Bildung der gemeinsamen Einrichtung vorgelegt werden könne. Der bisherige Vertrag laufe zum 31.12. d. J. aus. Das so genannte „Bildungspaket“ sei noch nicht abschließend durch den Bundesgesetzgeber geregelt. Er plädierte dafür, keine neuen bzw. Doppelstrukturen zu schaffen, sondern die Aufgaben nach Zweckmäßigkeit zu verteilen.

**Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD)** befürwortete aufgrund der Effizienz und guten Zusammenarbeit die Beibehaltung der bisherigen Form der Aufgabenerfüllung. Die Gründung einer Optionskommune komme nach seiner Ansicht für den Kreis nicht in Frage. Er bat, dass die derzeit von den Städten und VG's abgeordneten Bediensteten langfristig vom Kreis übernommen werden sollten.

**Kreistagsmitglied Becker** erinnerte, dass die Jobcenter von seiner Fraktion öfter kritisiert worden seien, z. B. im Hinblick auf die Erreichbarkeit und fehlerhafte Bescheide. Er bat, in diesen Bereichen weiterhin Verbesserungen anzustreben. Nach seiner Auffassung gebe es keine Alternative zur Kooperation mit der Arbeitsagentur, zumal der Kreis nicht die Voraussetzungen für eine Optionskommune erfülle. Er regte an, die Bescheide für die Leistungsbezieher künftig freundlicher und nachvollziehbarer zu formulieren.

**Landrat Görisch** erwiderte, dass bereits einige Verbesserungen erzielt werden konnten. So werde beispielsweise mehr Personal im Callcenter eingesetzt, um die Erreichbarkeit zu optimieren. In der Trägerversammlung würden permanent Verbesserungsmöglichkeiten besprochen. Positiv sei, dass 20% der Empfänger im vergangenen Jahr in den Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten.

Sodann kritisierte er, dass im kommenden Jahr mehr als 1 Mio. € weniger für Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, insbesondere für die „1-Euro-Jobs“, zur Verfügung stünden.

**Kreistagsmitglied Schnabel** kritisierte die Kürzung der Mittel für die „1-Euro-Jobs“. Die Begründung, dass der Mittelstand durch diese Maßnahmen weniger Aufträge erhalte, sei nicht zutreffend.

### **Beschluss:**

Der Kreistag stimmt der Fortführung der Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II ab 01.01.2011 in der Organisationsform einer „Gemeinsamen Einrichtung“ nach § 44b SGB II zu.

**Abstimmungsergebnis:**

34 Ja 2 Enthaltungen

**Form der Abstimmung:**

Offen

**Tagesordnungspunkt: 4**

**Drucksachennummer: 175/2010/1**

Zweite Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Alzey-Worms  
- Beschlussfassung

**Vorlagentext:**

Der Entwurf der Zweiten Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Alzey-Worms vom 25. August 2009 ist als Anlage beigefügt.

Begründung:

Aufgrund der Regelung des neuen Landesjagdgesetzes vom 09.07.2010 ist der Kreisjagdmeister ab dem 01.04.2011 nicht mehr durch das Land, sondern vom Landrat zum Ehrenbeamten des Landkreises zu ernennen.

Bisher wurde die Aufwandsentschädigung durch das Land festgelegt und geleistet, ab dem 01.04.2011 ist dies Aufgabe des Landkreises. Das Land gewährte bisher eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 204,55 € Es wird vorgeschlagen, dies so fortzuführen und die Aufwandsentschädigung auf gerundet 205 €festzulegen sowie eine Vertretungsregelung aufzunehmen. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung vom 09.11.2010 einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst. Beschlüsse betreffend die Hauptsatzung sind mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Kreistagsmitglieder zu fassen.

**Landrat Görisch** wies ergänzend darauf hin, dass der Kreis künftig auch für die Wahl des Kreisjagdmeisters zuständig sei. Neben der Aufwandsentschädigung würden auch die Fahrtkosten erstattet.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die zweite Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Alzey-Worms vom 25. August 2009 in der heute beratenen Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

*Anlage 3 der Originalniederschrift:*

*Zweite Satzung zur Änderung der Hauptsatzung*

<b>Tagesordnungspunkt: 5</b>	<b>Drucksachennummer: 174/2010/1</b>
------------------------------	--------------------------------------

Zustimmung zur Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Energie- und Dienstleistungsgesellschaft Rheinhausen-Nahe mbH (EDG)

- Beschlussfassung

**Vorlagentext:**

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 16.12.2008 dem Gesellschaftsvertrag zugestimmt. Der Beschluss erging vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung. Die Aufsichtsbehörde hat Korrekturen im Gesellschaftsvertrag verlangt, insbesondere die Berücksichtigung des Gemeindefinanzrechts.

Überdies waren Korrekturen in den Zuständigkeiten von Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat vorzunehmen. Die EDG hat die beiliegende Synopse erarbeitet, aus der die Änderungen erkennbar sind.

Materielle Änderungen für den Landkreis Alzey-Worms ergeben sich bis auf die Erhöhung der Zahl der Vertreter in der Gesellschafterversammlung von 1 auf 2 nicht. Der Kreisausschuss hat dem Kreistag in seiner Sitzung vom 09.11.2010 die Zustimmung zur Neufassung des Gesellschaftsvertrages empfohlen.

**Landrat Görisch** ging eingangs auf die wesentlichen Änderungen und das inzwischen erfolgreich abgeschlossene „Projekt Riesling“ ein.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU)** erinnerte, dass seine Fraktion bereits bei Abschluss des Vertrages zwischen dem Kreis und der EDG grundsätzliche Bedenken geäußert habe. Daher werde sie sich bei der heutigen Abstimmung enthalten.

**Kreistagsmitglied Burkhard** gab zu Bedenken, dass jeder Auftrag, der an die EDG und nicht an die EWG Alzey erteilt werde, geringere Gewerbesteuererinnahmen für die Stadt Alzey und damit indirekt auch für den Kreis bedeute. Daher werde er dem Gesellschaftsvertrag und in Konsequenz auch bei TOP 6 nicht zustimmen.

**Landrat Görisch** machte deutlich, dass die Wärmecontractings aufgrund der Beteiligung an der EDG als 100% kommunale Einheit nicht ausgeschrieben werden müssten.

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt der Neufassung des Gesellschaftsvertrages, wie in beiliegender Synopse dargestellt, zu.

**Abstimmungsergebnis:**

25 Ja 2 Nein 8 Enthaltungen

**Form der Abstimmung:**

Offen

*Anlage 4 der Originalniederschrift:  
Synopse Gesellschaftsvertrag EDG*

**Tagesordnungspunkt: 6**

**Drucksachennummer: 181/2010**

Energiedienstleistungsgesellschaft Rheinhessen-Nahe mbH (EDG)  
Wahl eines Vertreters des Landkreises in der Gesellschafterversammlung

**Vorlagetext:**

Gem. § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages (neue Fassung) stellt der Landkreis Alzey-Worms 2 Mitglieder der Gesellschafterversammlung. Der Landrat ist Mitglied kraft Amtes, so dass noch 1 Mitglied zu wählen ist. Ein Stellvertreter ist nicht zu wählen.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):

SPD: 1 CDU: - FDP: - B 90/Die Grünen: - FWG: - DIE LINKE: - NPD: -

Seitens der SPD-Fraktion wurde Herr Klaus Mehring vorgeschlagen. Weitere Vorschläge wurden nicht unterbreitet.

**Beschluss:**

1) Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

2) Der Kreistag wählt Herrn Klaus Mehring in die Gesellschafterversammlung.

**Abstimmungsergebnis:** 28 Ja 1 Nein 6 Enthaltungen

**Tagesordnungspunkt: 7**

**Drucksachennummer: 182/2010**

Schulträgerausschuss

Wahl der Lehrer- und Elternvertreter der Realschulen plus

**Vorlagentext:**

Dem nach den gesetzlichen Bestimmungen (LKO, § 90 Schulgesetz) zu bildenden Schulträgerausschuss sollen auch an den Schulen tätige Lehrer/innen und Eltern der Schüler angehören, wobei jede Schulart angemessen berücksichtigt werden soll. Bisher waren von den Hauptschulen 1 Lehrervertreterin und 1 Elternvertreterin und von den Realschulen ebenfalls 1 Lehrervertreterin und 1 Elternvertreter, mithin also 4 Personen (sowie 4 Stellvertreter) in den Schulträgerausschuss gewählt.

Nach Übergang der ehemaligen Hauptschulen und Realschulen in die neuen Realschulen plus zum Schuljahresbeginn 2010/2011 sind nur noch 2 Personen (und 2 Stellvertreter/innen) als Vertretung der Lehrer/innen und Eltern der Realschulen plus zu wählen.

Die Schulen haben sich auf die im Beschlussvorschlag genannten Personen verständigt.

**Beschluss:**

1) Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

2) Der Kreistag wählt als Vertreter/innen der Lehrer/innen und gewählten Elternvertreter/innen der Realschulen plus in den Schulträgerausschuss:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
<b>Vertreterin der Lehrer/innen</b> Frau Sigrid Grünig, Schulleiterin Rheingrafen-Realschule plus Wörrstadt	Frau Heike Buchheim, Lehrerin Erich-Kästner-Realschule plus Wörrstadt
<b>Vertreter der Elternvertreter/innen</b> Herrn Ralf Krämer, Gau-Odernheim Realschule plus am Alten Schloss Gau-Odernheim	Herrn Volkbert Wilke, Alzey Gustav-Heinemann-Realschule plus Alzey

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

**Tagesordnungspunkt: 8**

**Drucksachennummer: 183/2010**

Psychiatriebeirat  
- Ersatzwahlen

**Vorlagentext:**

Nach § 7 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) kann der Landkreis einen Psychiatriebeirat bilden, dem insbesondere Vertreter an der psychiatrischen Versorgung beteiligter Organisationen einschließlich der Leistungs- und Kostenträger sowie Angehörige psychisch kranker Personen und Mitglieder von Selbsthilfegruppen angehören.

Die Mitglieder und Stellvertreter des Psychiatriebeirates wurden am 15.09.2009 gewählt. Mittlerweile ist die stellvertretende Sprecherin der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) als Sprecherin und eine neue stellvertretende Sprecherin gewählt worden. Damit rückt die bereits verpflichtete Stellvertreterin auf die Mitgliedsposition.

Daher schlägt die Koordinierungsstelle für Psychiatrie folgende Personen vor:

Mitglied: Frau Cornelia Broch

Stellvertretung: Frau Annette Liolios

**Beschluss:**

1) Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

2) Der Kreistag wählt die in der Beschlussvorlage genannten Personen in den Psychiatriebeirat.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Tagesordnungspunkt: 9**

**Drucksachennummer:**

**Mitteilungen und Anfragen**

Der Kreistag erhielt mit der Einladung eine Mitteilungsvorlage mit folgendem Inhalt:

Das Rechnungsprüfungsamt hat am 01.09.2010 die Kasse des Landkreises Alzey-Worms geprüft. Gemäß § 57 LKO i.V.m. § 112 Abs. 6 und 7 GemO ist der Prüfungsbericht dem Kreistag zur Kenntnisnahme vorzulegen. Der Prüfungsbericht ist als Anlage beigelegt.

Zu den getroffenen Feststellungen in Bezug auf die Zahlungsabwicklung an Schulen (Nr. 4.6) wurden die Schulleitungen der kreiseigenen Schulen nochmals mit Schreiben vom 30.09.2010 auf die Beanstandungen und die Einhaltung der Dienstanweisung über die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln hingewiesen.

Auf Fragen von **Fraktionsvorsitzendem Heimann (Die Linke)** gab **Landrat Görisch** einige Informationen zum Prüfbericht. So seien inzwischen alle Differenzen im Rahmen der Umstellung auf die Doppik aufgeklärt.

Hinsichtlich der Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen der Schulsekretärinnen würden entsprechende Maßnahmen im Sinne des Rechnungsprüfungsamtes ergriffen.

Auch die Umstellung der Schulkonten der ehemaligen Goldbergschule und der Realschule Osthofen werde selbstverständlich erfolgen.

*Anlage 5 der Originalniederschrift:  
Prüfungsbericht*

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Landrat Görisch** die Sitzung um 17.00 Uhr.

Ernst Walter Görisch  
Landrat

Verena Marx  
Schriftführerin